

Kursangebot durch neue Steuern bedroht

VOLKSHOCHSCHULE Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschén besucht regioVHS

GANDERKESEE/LD – Die aktuelle Debatte im Bundestag um die Besteuerung von Bildungsträgern zeigt, dass sowohl Einrichtungen als auch Verbraucher davon benachteiligt würden. Die Änderung wurde vorerst zurückgestellt, dennoch bleibt das Thema aktuell und wird wahrscheinlich in ein neues Verfahren münden.

Hintergrund ist die Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie der EU. Demnach könnten die bisherigen Befreiungen für einige Kursangebote wegfallen und Steuern in Höhe von 19 Prozent hinzukommen. Bei einem Besuch in der regioVHS Ganderkesee-Hude am Montagnachmittag sprach die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschén (CDU) über mögliche Konsequenzen mit Leiter Andreas Lembeck.

Das Vorhaben hatte bereits bei Volkshochschulen und anderen Einrichtungen für



Sprachen über Steuern: Erster Gemeinderat Matthias Meyer (von links), MdB Astrid Grotelüschén und Andreas Lembeck, Leiter der regioVHS Ganderkesee-Hude.

BILD: BODO MÜNSTER

Bedenken gesorgt, da eine Erhöhung als verteuerte Kursgebühr an die Teilnehmer weitergegeben werden müsste. „Wir wissen schon jetzt, dass wir damit einige Kurse nicht mehr werden anbieten kön-

nen“ so Lembeck. Hier ende das Problem aber nicht, betonte Grotelüschén: „Nicht nur der Verbraucher hat das Nachsehen. Bildungsträger wie Volkshochschulen arbeiten mit einer Mischkalkula-

tion. Streiche ich an der einen Ecke etwas, geht womöglich die ganze Rechnung nicht mehr auf.“ Dies betreffe insbesondere Anbieter in ländlichen Regionen, wo eine Veränderung im Angebot stärker ins Gewicht falle.

„Wir können nicht auf der einen Seite alles dafür tun, in ländlichen Gebieten eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu fordern und zu fördern, und auf der anderen Seite die Bedingungen dafür erschweren. Bei den Trägern herrscht verständlicherweise nun Verunsicherung“ waren sich Grotelüschén und Lembeck einig. „Es gilt daher, in der Formulierung des Gesetzestextes besonders sensibel zu sein und die steuerlichen Vorgaben der EU so umzusetzen, dass Bildung und Weiterbildung nicht auf der Strecke bleiben“, so Grotelüschén.